

KNAPPER SIEG FÜR PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF

ZUGESPITZTER WAHLKAMPF IN BRASILIEN

Wahlanalyse von Achim Wahl

Im entscheidenden zweiten Wahlgang am 26. Oktober 2014 sprachen sich 51,64% der Brasilianer für die amtierende Präsidentin Dilma Rousseff (PT) aus. Der Kandidat der Opposition Aécio Neves (PSDB – Sozialdemokratische Partei Brasiliens) erhielt 48,36% der Stimmen. Damit konnte sich die bisherige Regierungspartei PT das vierte Mal hintereinander in der direkten Auseinandersetzung mit der Oppositionspartei PSDB durchsetzen. Der in den Wochen nach dem ersten Wahlgang sich entwickelnde Wahlkampf war jedoch eine zugespitzte und oftmals schmutzige Auseinandersetzung, wie sie von Seiten der Opposition betrieben wurde. Beide Seiten vermieden es, inhaltliche Probleme, d.h. wie soll es in Brasilien weitergehen oder welches Wirtschaftsmodell wird entwickelt werden, in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Dominiert wurde er von Marketingmethoden und den allgegenwärtigen rechten Medien. Jedoch hatte die Opposition, die von den traditionellen Eliten und dem Finanzkapital unterstützt wurde, das klare Ziel zu einer offen neoliberalen Politik zurückzukehren und das von den PT-Regierungen seit 2003 Geschaffene zu beseitigen. Selbst Kritiker der PT-Regierungen stimmen darin überein, dass die reale Gefahr einer Restauration alter Machtverhältnisse existierte. Aécio Neves, ein Vertreter der traditionellen Eliten des Landes, steht für die freie Entfaltung der Marktkräfte, wendet sich gegen eine Einmischung des Staates in die Wirtschaft, würde soziale Programme zurückfahren, die Liberalisierung des Gesundheitswesens, des Bildungssystems und der öffentlichen Dienste anstreben und außenpolitisch eine Wiederannäherung an die USA vornehmen.

Der zweite Wahlgang bestätigt erneut einige der schon im ersten Wahlgang verzeichneten Erscheinungen. Die PT-Regierung hat ihre wesentliche Wählerbasis in den Bundesländern des Nordens und Nordostens. In diesen Bundesstaaten lebt die übergroße Mehrheit der Menschen, die von den Sozialprogrammen profitiert. In den großen Städten des Zentrums und des Südens aber stimmte die Mittelklasse für Aécio Neves. In der Stadt São Paulo erhielt er zwei Drittel der Stimmen. In Rio de Janeiro liegt der Anteil der Nullstimmen bei über 10%. Bei der Analyse des Wahlergebnisses kann nicht übersehen werden, dass für Dilma Rousseff nur 38,2% der insgesamt 142 Mio. Wähler stimmten (zum Vergleich: Ex-Präsident Lula erhielt 2002 45,8% und 2006 46,3% aller Wählerstimmen). Aécio Neves kam auf 35,7%. Diese Ergebnisse hängen damit zusammen, dass 26,1% (d.h. 37,2 Mio. Wahlberechtigte) nicht an der Wahl teilnahmen oder ihre Stimme annullierten. Kommentatoren werten diese Zahlen als Ausdruck fehlender Initiativen bes. seitens der regierenden Partei, der PT, die den direkten Dialog mit den Wählern unterschätzte.

Der äußerst knappe Wahlausgang wird die Opposition keineswegs in Panik versetzen, da nicht nur in der Wählerschaft sondern sich auch im Kongress eine konservative Tendenz abzeichnet. (Gesprochen wird von einer „konservativen Welle“). Der neu gewählte Kongress gilt schon jetzt als der konservativste seit 1964. Von 513 Abgeordneten sind 248 (Reais-) Millionäre und repräsentieren sowohl religiöse Fundamentalisten wie auch die sogenannten Ruralisten (Großagrariern, Latifundisten). Für die PT und Dilma Rousseff wird es schwer werden, angestrebte Projekte in diesem Kongress durchzusetzen. Die PT ist deshalb nach wie vor auf die bürgerlich liberale Partei PMDB (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung) als Koalitionspartner angewiesen, mit der sie sich in einigen Bundesländern eine heftige Auseinandersetzung um den Gouverneursposten lieferte (u.a. in Rio Grande do Sul).

Die schon im ersten Wahlgang sich abzeichnende Tendenz einer verstärkten konservativen Haltung von Teilen der Wählerschaft hat in Brasilien ein Debatte über die Ursachen dieser Erscheinung ausgelöst. Nach Jahren des Erfolges für die PT-Regierungen erhöhten sich mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen die politischen Spannungen. Es wurde deutlich, dass es nicht möglich war, die Interessen der armen Schichten mit denen der reicheren, v.a. der städtischen Mittelschichten, in Übereinstimmung zu bringen. Es bestätigt sich eine schon getroffene Feststellung: Teile der Mittelklasse sind enttäuscht. Ihre

Forderungen nach mehr Demokratie und Teilhabe wurden nicht erfüllt. Ihre Hinwendung zur PSDB ist eine logische Folge und Ausdruck der sich zuspitzenden Auseinandersetzung.

Gleichzeitig hat sich offensichtlich auch die Haltung von Teilen der Unternehmerschaft gegenüber der Regierung Dilma verändert. Die zeitweilige Interessenübereinstimmung zwischen ihnen und der Regierung Dilma ist in Frage gestellt. Staatliche Vorgaben von Preisen, die Einschränkung der Autonomie der Zentralbank, die striktere Handhabung von Regeln für ausländisches Kapital, die Intervention in die Leitung von Privatunternehmen u.a. haben den Widerstand der Unternehmerschaft hervorgerufen. Die Opposition hatte leichtes Spiel, zu erklären, dass Präsidentin Dilma den bisher existierenden Konsens aufgekündigt hat.

Mit konservativer Tendenz ist keineswegs die Wiederherstellung des alten Zustandes gemeint, sondern vielmehr die sich abzeichnende Tendenz nach rechts. Beispiele zeigen, dass für diese Annahme reale Gründe bestehen. Der in Rio Grande do Sul gewählte Abgeordnete Luiz Heinze von der Progressiven Partei (PP) forderte im Februar die Schaffung einer Landpolizei, die mit Waffengewalt das Land der Großgrundbesitzer gegen indigene Besetzer verteidigen sollen.¹ Ähnliche rechte, rassistische Ausfälle von Abgeordneten waren in Goiás, Pará und Ceará zu verzeichnen. In Rio de Janeiro wurde Jair Bolsonaro (PP) gewählt, der Folter während der Diktatur verteidigt hatte.

Für die Präsidentin Dilma und die PT stehen nach der gewonnenen Wahl wesentlich Entscheidungen an. Haben die Mobilisierungen des Juni 2013 schon deutlich gemacht, dass trotz aller Fortschritte das gegenwärtige Entwicklungsmodell in Frage gestellt ist, zeigen diese neuen konservativen Tendenzen die Notwendigkeit an, bisher ungelöste strukturelle Probleme in Angriff zu nehmen. Nicht wenige Kommentatoren sprechen nach den Mobilisierungen des Vorjahres von einer neuen jungen Generation, auch von einer neuen Linken, die von der Regierung und der PT nicht real wahrgenommen wurde. Diese Generation hat nicht die Erfahrungen des Kampfes gegen die Militärdiktatur gemacht und auch nicht die Auseinandersetzungen mit der neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen unmittelbar erlebt. Es ist eine Generation, die nach neuen Lösungen sucht und deren Forderungen nicht entsprechend beachtet werden. Die neue Regierung Dilmis wird nur Erfolg haben, wenn es ihr gelingt in der Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften, diese junge Generation zu ihrem Verbündeten zu machen. Die PT hat sich zu einer institutionellen Kraft entwickelt und hat diese neuen Entwicklungen ungenügend reflektiert.

Tiefgreifende Veränderungen am Entwicklungsmodell sind erforderlich:

- Durchführung einer politischen Reform, die zwar nach den Juni-Mobilisierungen 2013 von Dilma angekündigt wurde, aber keine Ergebnisse erbrachte. Essentielle Bestandteile dieser Reform sind v.a. die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, die Abschaffung der Parteienfinanzierung durch Privatunternehmen usw.
- Reform des Gesundheits- und Bildungswesens als Allgemeingut der Gesellschaft.
- Durchführung einer Steuerreform mit einer Besteuerung großer Vermögen, Steuern auf finanzielle Transaktionen.
- Nachhaltige Entwicklung, die auf Erhalt der Natur ausgerichtet ist.
- Durchführung einer Agrarreform, die die Macht des Agrobusiness einschränkt und die Kleinbauernwirtschaft unterstützt und die Nahrungsmittelsouveränität Brasiliens garantiert.
- Durchführung einer Energiereform, die Sonnen- und Windkraft als Grundlage entwickelt und von der Kohlewirtschaft abgeht.
- Unumstritten ist ebenfalls die Forderung nach einer Parteireform, die die PT wieder zu einem Dialogpartner der sozialen Bewegungen und anderer linker Kräfte macht.
- In der Auseinandersetzung mit der konservativen Opposition wird es darauf ankommen, diese Transformation des Modells voranzutreiben, um den 2003 begonnenen Weg der postneoliberalen Entwicklung weiter beschreiten zu können.

Achim Wahl, Oktober 2014

¹ <http://www.viomundo.com.br/denuncias/deputado-heinze-quilombolas-indigenas-gays-e-tudo-o-que-nao-presta.html>